

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Gerd Wartenberg (Berlin), Günter Graf, Gerlinde Hämmerle, Gerd Andres, Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Herta Däubler-Gmelin, Marianne Klappert, Fritz Rudolf Körper, Uwe Lambinus, Dorle Marx, Peter Paterna, Bernd Reuter, Gisela Schröter, Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Johannes Singer, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Barbara Weiler, Jochen Welt, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Personelle Situation bei den Vollzugspolizeibeamten im Bundesgrenzschutz

Der Personalfehlbestand beim Bundesgrenzschutz von derzeit ca. 4 700 Vollzugspolizeibeamten, die enorme Mehrbelastung durch die zunehmende Zahl von Einsätzen zum Schutze ausländischer Mitbürger sowie die schlechten Berufsperspektiven sind Ursachen für steigende Unzufriedenheit und führen dazu, daß eine steigende Anzahl der Beamten auf eigenen Wunsch aus dem Bundesgrenzschutz ausscheidet.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Vollzugspolizeibeamte des Bundesgrenzschutzes
 - a) im mittleren Dienst,
 - b) im gehobenen Dienst,
 - c) im höheren Dienstsind seit dem 1. April 1992
 - im Grenzschutzpräsidium Nord,
 - im Grenzschutzpräsidium Mitte,
 - im Grenzschutzpräsidium West,
 - im Grenzschutzpräsidium Süd,
 - bei der Grenzschutzschule und den nachgeordneten Einrichtungen,
 - bei der Grenzschutzdirektionauf Verlangen aus dem Dienst entlassen worden?
2. Wie viele auf Verlangen aus dem Vollzugspolizeidienst entlassene Beamte des Bundesgrenzschutzes
 - a) sind in den Vollzugspolizeidienst der Bundesländer übernommen worden,
 - b) haben einen Arbeitsplatz im privaten Sicherheitsgewerbe angenommen?

3. Wie hoch ist die Anzahl der Überstunden bei den Vollzugspolizeibeamten des Bundesgrenzschutzes seit dem 1. Januar 1992
- im Grenzschutzpräsidium Nord,
 - im Grenzschutzpräsidium Mitte,
 - im Grenzschutzpräsidium West,
 - im Grenzschutzpräsidium Süd,
 - bei der Grenzschutzschule und den nachgeordneten Einrichtungen,
 - bei der Grenzschutzdirektion,
- die
- a) finanziell entgolten,
 - b) durch Freizeit entgolten,
 - c) noch nicht entgolten wurden?
4. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Attraktivität und Sicherung der Funktionserfüllung des Bundesgrenzschutzes
- a) kurzfristig,
 - b) mittelfristig,
 - c) langfristig
- zu gewährleisten?
5. Sieht die Bundesregierung den Gleichbehandlungsgrundsatz gewährleistet, wenn alle Vollzugspolizeibeamten des Bundesgrenzschutzes freie grenzschaftärztliche Versorgung erhalten, nicht aber die Vollzugspolizeibeamten bei den Grenzschutzämtern Flensburg, Weil/Rhein und Frankfurt/Oder?

Wenn nicht, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diesen Zustand zu ändern?

Bonn, den 5. November 1992

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Gerd Wartenberg (Berlin)
Günter Graf
Gerlinde Hämmerle
Gerd Andres
Angelika Barbe
Hans Gottfried Bernrath
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Marianne Klappert
Fritz Rudolf Körper
Uwe Lambinus

Dorle Marx
Peter Paterna
Bernd Reuter
Gisela Schröter
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Johannes Singer
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Barbara Weiler
Jochen Welt
Hans-Ulrich Klose und Fraktion